

Die steigenden Lebenskosten in Deutschland

Ein Forschungsprojekt von EPICENTER und Prometheus – Das Freiheitsinstitut

Autor: Nick Stieghorst¹

Abstrakt:

Mit Beginn des Jahres 2022 ist die Inflation wieder in die gesellschaftliche Debatte in Deutschland eingegangen. Die neuesten Schätzungen des Statistischen Bundesamt für den Mai 2022 belaufen sich auf eine Inflationsrate auf 7,9%. Die vorliegende Untersuchung zeigt anhand einer Betrachtung der Einkommen und Ausgaben von Haushalten, dass insbesondere die Geringverdiener übermäßig von steigenden Preisen für Güter der alltäglichen Grundversorgung betroffen sind. Die steigenden Konsumentenpreise in bestimmten Wirtschaftsbereichen sind hierbei auch langfristig das Produkt staatlicher Markteingriffe wie Regulierungen und Besteuerung. Tiefgreifende Interventionen in das Marktgeschehen führen in diversen Sektoren der Volkswirtschaft zu einer starken Einschränkung der Angebotsseite, welche sich dadurch schlechter an Nachfrageveränderungen anpassen kann. Zur selben Zeit werden diverse Güter des alltäglichen Bedarfs gleich mehrfach besteuert, wodurch unter anderem die Preise für Konsumenten in Deutschland spürbar höher ausfallen als in allen anderen europäischen Staaten. Insbesondere der verfrühte Ausstieg aus der Atomenergie, der fehlende Neubau von Wohnungen und die hohe regulatorische Belastung der Landwirtschaft verhindern eine Anpassung der Angebotsseite an den Nachfrageüberhang. Es zeigt sich in dieser Untersuchung erneut, dass eine Gestaltung der Gesellschaft nach politischen Visionen Kosten mit sich bringt, die letztendlich die Konsumenten aufbringen müssen und insbesondere die ökonomisch schwächsten Gruppen belasten.



¹ Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE). Kontakt: nick.stieghorst@hhu.de.

Einleitung

Im Verlauf der letzten zweieinhalb Jahre sah sich die Welt mit zwei globalen Krisen, der Covid-19 Pandemie und dem Krieg in der Ukraine, konfrontiert, durch welche die gesamte Bevölkerung absolut ärmer geworden ist. Die Auswirkungen dieser Ereignisse sind auch in Deutschland spürbar. Die aktuellen Schätzungen der Inflationsrate des Deutschen Statistischen Bundesamtes (Destatis) für den Mai 2022 belaufen sich auf einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahresmonat von rund +7,9 Prozent des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HPVI) (Destatis 2022a). Das ist der höchste Wert seit Herbst 1981. Allgemein hohe und steigende Preiselevel sind jedoch nicht erst seit den letzten Krisen zu beobachten, sondern vielmehr ein immanenter Teil der Wirtschaftsgeschichte. Die Gründe für hohe Preiselevel in der Gegenwart sind selten auf eine einzelne Ursache zurückzuführen. Die vorliegende Arbeit versucht deshalb die Frage zu beantworten, in welchen Bereichen staatliche Eingriffe wie Regulierungen, Besteuerung und anderweitige Maßnahmen zu einem Anstieg der Konsumentenpreise geführt haben könnten.

Die aus der Inflation resultierende Verringerung des Realeinkommens, also das Einkommen ausgedrückt in realen Gütereinheiten, trifft grundsätzlich jeden Bürger. In dieser Arbeit soll jedoch ein spezieller Fokus auf die Auswirkungen steigender Preise auf die unteren Einkommensschichten gelegt werden, da diese historisch betrachtet besonders stark von Inflation betroffen waren. Wie sich im Verlauf dieser Arbeit herausstellt, nehmen insbesondere die Ausgabenbereiche Wohnen, Energieversorgung, Nahrungsmittel sowie Alkohol und Tabak einen Anteil von fast 70 Prozent der Ausgaben der untersten Einkommensgruppen ein.

Es ist weitgehender Konsens in der heutigen Makroökonomik, dass Inflation, definiert als der anhaltende Prozess eines steigenden allgemeinen Preislevels, langfristig auf eine beständige Ausweitung des Geldmengenangebots zurückgeführt werden kann (Romer 2012). Neben dem sektorübergreifenden Effekt der Geldmengenausweitung kommt es jedoch in allen diesen Wirtschaftsbereichen zu weiteren, tiefgreifenden staatlichen Interventionen, welche die Anpassungsprozesse von Märkten unterbinden und dazu führen, dass die Konsumenten höhere Preise zu zahlen haben. Anhand der Ergebnisse dieser Arbeit wird klar, dass staatliche Regulierungen in den seltensten Fällen kostenlose Maßnahmen sind und oftmals jene Gruppen besonders belasten, welche ohnehin in der Wohlstandsverteilung am schlechtesten gestellt sind.

Nach der Betrachtung der vorhandenen Daten zu den übergeordneten Preisindizes und der Ausgabenstruktur verschiedener Haushalte wird kurz auf die Ursachen und Wirkung von Inflation und hohen Preisniveaus eingegangen. Im Anschluss wird sich diese Arbeit eingehender mit den einzelnen Wirtschaftsbereichen Wohnen, Energieversorgung, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak sowie mit dem Bereich des Kommunikationssektors als positives Gegenbeispiel befassen.

Betrachtung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex

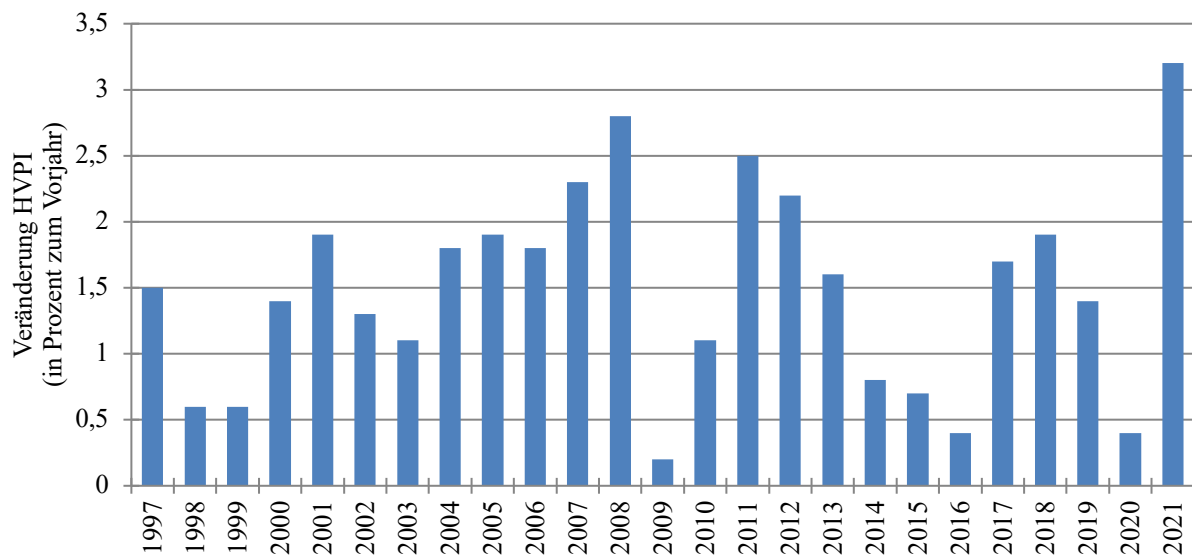
Der HVPI ist ein Güterpreisindex, welcher zur Betrachtung der Veränderungen des allgemeinen Preislevels einer Volkswirtschaft herangezogen wird. Er setzt sich aus den Preisen von mehr als 200 verschiedenen Gütern aus diversen Wirtschaftsbereichen zusammen und erlaubt als Gesamtindex eine Schätzung der Inflation in einer Volkswirtschaft. Aufgrund der gleichen Zusammensetzung des HVPI für alle europäischen Staaten ermöglicht er zudem den internationalen Vergleich der Inflationsraten, welchen diverse nationale Preisindizes, aufgrund ihrer unterschiedlichen Zusammensetzung, nicht ohne weiteres erlauben. Wie bei allen Preisindizes kann auch der HVPI nicht das wirkliche Preislevel in einer Volkswirtschaft darstellen, sondern nur die Veränderung für jene Güter abbilden, die in ihn einfließen.²

Aus den internationalen Daten zur historischen Veränderung der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes ist zu erkennen, dass die Veränderung des HVPI für Deutschland fast analog zur Veränderung des HVPI in der EU verläuft. Im Jahr 2000 lag der Index bei einem Wert von 78,9 und stieg bis zum Jahr 2020 auf einen Wert von 109,2 an. Im Vergleich zum Basisjahr 2015 stieg der HVPI in Deutschland bis 2020 damit um 9,2 Prozent. (Eurostat 2022a).

Betrachtet man die einzelnen jährlichen Veränderungsdaten des HVPI für Deutschland in Abbildung 1, so ist zu erkennen, dass insbesondere in den Jahren 2011 bis 2013 und 2017 bis 2019 vergleichsweise stärkere Anstiege des HVPI zu verzeichnen waren, während die Veränderungen in den dazwischenliegenden Jahren eher moderat ausgefallen sind. Der hohe Anstieg im Jahr 2021 ist unter anderem auf den makroökonomischen Schock der COVID-19 Pandemie zurückzuführen.

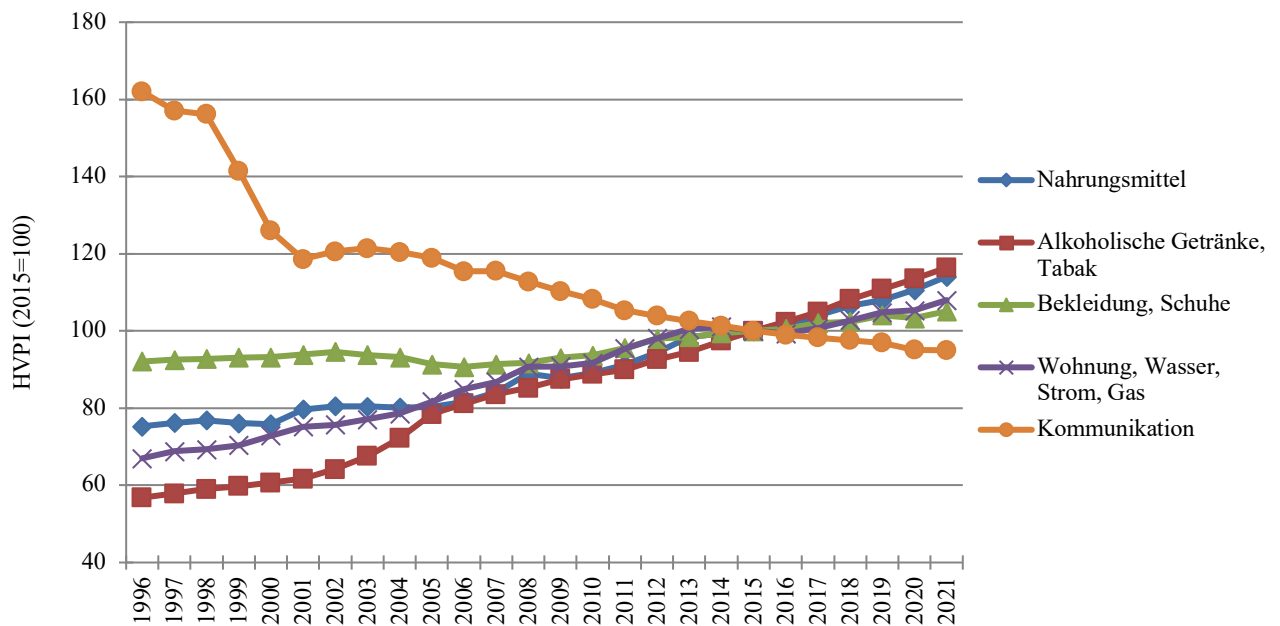
² Zu weiteren Fragen insbesondere der Methodologie zur Berechnung des HVPI verweise ich auf die Informationsseite von Eurostat (2022b) unter folgendem Link: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=HVPI_methodology#The_main_HVPIs (Zuletzt abgerufen: 07.06.2022).

Abbildung 1: Veränderung des HVPI zum Vorjahr (Daten: Destatis 2022b, Abbildung Eigene)



Wie man in Abbildung 2 erkennen kann, lässt sich eine präzise Aussage über die Veränderung des Preislevels einzelner Güterklassen aus diesem übergeordneten Index nicht direkt ableiten. Für Aussagen über die Veränderung spezifischer Güterpreislevel bedarf es daher einer Betrachtung der einzelnen Bestandteile des HVPI. Man erkennt in Abbildung 2 zudem, dass, bis auf den Bereich der Kommunikation, in jeder Güterklasse ein mindestens moderater Anstieg der Konsumentenpreise zu verzeichnen ist. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden diese sektorübergreifenden Indizes selbst noch einmal kleinteiliger betrachtet. Aus Abbildung 1 und 2 lässt sich jedoch feststellen, dass sich das Preislevel in einer Volkswirtschaft nicht einheitlich, sondern über einzelne Jahre und Sektoren hinweg unterschiedlich verändert.

Abbildung 2: Komponenten des HVPI (Daten: Destatis 2022c, Abbildung: Eigene)



Folgen steigender Preislevel

Generell steigende Preislevel, und speziell ungleiche Veränderungen über verschiedene Sektoren und Güterklassen, werfen Fragen bezüglich der ökonomischen Folgen steigender Preislevel auf. In der modernen Makroökonomik wird davon ausgegangen, dass sich Wirtschaftssubjekte in der Gegenwart Erwartungen über die Zukunft bilden und in der Gegenwart so handeln, dass sie ihr Wohlergehen über den gesamten in Betracht gezogenen Zeitverlauf maximieren. Die Erwartungen an die Entwicklung der relativen Preise sind in einer marktwirtschaftlichen Volkswirtschaft das primäre Signal, anhand welcher die Individuen ihre momentanen und zukünftigen Handlungspläne festmachen. Die relativen Preise bestimmen somit entscheidend über die langfristigen wirtschaftlichen Pläne von Individuen, Haushalten und Unternehmen. In der Volkswirtschaft entstehen dann Probleme, wenn sich diese Zukunftserwartungen im Nachhinein als falsch herausstellen und dadurch beispielsweise nur ein geringeres Produktionsniveau realisiert werden kann. Sollten die Einkommen in der Volkswirtschaft zudem nicht in demselben Maße steigen wie die Preislevel, kommt es zu einem realen Einkommensverlust, welcher sich in einer zusätzlich sinkenden Nachfrage und somit weiteren negativen konjunkturellen Schwankungen niederschlägt (Romer 2012). Zudem können sich Phasen systematischer Erwartungsenttäuschung verfestigen. Durch anhaltende Prozesse unvorhergesehener allgemeiner Preissteigerungen wird die Interpretation und die Anpassung der Relativpreise beeinträchtigt, wodurch den Individuen eine zuverlässige Reaktion und Erwartungsbildung erschwert wird, so dass die langfristige Planung zunehmend unsicherer wird. Anhaltende Phasen unvorhergesehener Preis-

veränderungen sorgen somit dafür, dass effizientes ökonomisches Handeln in der Volkswirtschaft zunehmend schwerer wird (Alchian 2006[1976]).

Zudem sollte die Auswirkung auf die Verteilung von individuellen Einkommen und Vermögen betrachtet werden. Menschen mit einem längerfristig fixierten Einkommen werden beispielsweise dadurch benachteiligt, dass kurz- bis mittelfristig ihre Nominaleinkommen nicht in derselben Form wie das Preislevel steigen können, wodurch ihr verfügbares Einkommen sinkt. ³

Individuen unterscheiden sich zudem in ihren Präferenzen und Konsumneigungen. Die Effekte von Preissteigerungen treffen demnach primär Haushalte, die solche Güter präferieren, deren Preise vergleichsweise stark steigen (Fry und Paschardes 1985). Die Last einer Preissteigerung steigt zudem, wenn die Substituierbarkeit der im Preis steigenden Güter gering ist. Wenn Haushalte auf den Kauf eines Gutes nur schwer verzichten können, sind sie zunehmend gezwungen, die höheren Preise in Kauf zu nehmen und damit größere Teile ihres Einkommens oder Vermögens aufzuwenden, welche den Individuen dann wiederum in anderen Bereichen fehlen werden. Die pauschale Benennung von schwer substituierbaren Güterklassen ist immer mit einer gewissen Arbitrarität verbunden, aber generell sollten Lebensnotwendigkeiten wie Nahrungsmittel und Getränke, eine Wohnung, Bekleidung und eine Form der Energie- und Wärmeversorgung in diese Kategorie fallen. Insbesondere für Menschen, die sich am unteren Rand der Einkommensverteilung befinden und ohnehin schon einen großen Teil ihrer finanziellen Mittel für Lebensnotwendigkeiten ausgeben, können Preissteigerungen in diesen Güterklassen daher vergleichsweise starke Probleme darstellen.

In Tabelle 1 ist zu sehen, wie sich das Konsumverhalten von Haushalten anhand ihres Einkommens unterscheidet. Zunächst zeigt sich, dass ein genereller Anstieg des Einkommens zum einen mit einem Anstieg der absoluten Ausgaben in Summe, sowie mit einem Anstieg der absoluten Ausgaben in allen betrachteten Kategorien zusammenhängt. Gleichzeitig ist zu erkennen, dass der Anteil der Konsumausgaben am Bruttoeinkommen (und Nettoeinkommen) mit einem steigenden Einkommen sinkt. Ein durchschnittlicher Haushalt mit einem Bruttoeinkommen von rund 3800€ (wird in Tabelle 1 in der Nettoeinkommensgruppe 2600-3600 erfasst), gibt zum Beispiel noch rund 59 Prozent seines Bruttoeinkommens für Konsum aus. In der niedrigsten Nettoeinkommensgruppe, mit einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von 1052€, sind es bereits mehr als 95 Prozent, die für Konsum aufgewendet werden.

³ Diese Annahme wird als sogenannte „Wage Lag Hypothese“ beschrieben. Für eine nähere Beschreibung des Phänomens siehe beispielsweise Alchian (2006[1968]) oder Cargill (1969). Kurz- bis mittelfristig rigide Löhne bilden gleichzeitig eine Kernannahme Neokeynesianischer Modelle.

Tabelle 1: Einkommen und Konsumausgaben verschiedener Haushaltsgruppen

Haushaltstyp nach Nettoeinkommen	weniger als 1300€	1300 - 1700€	1700 - 2600€	2600 - 3600€	3600 - 5000€	Mehr als 5000€
Bruttoeinkommen	1052€	1769€	2672€	3886€	5549€	9954€
Nettoeinkommen (in Euro)	891	1500	2145	3073	4235	7364
Konsumausgaben	1000€	1393€	1786€	2311€	2940€	4338€
Anteil am Bruttoeinkommen	95,1%	78,7%	66,8%	59,5%	53%	43,6%
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak. (Anteil an Ausgaben)	189€ 19%	252€ 18,1%	300€ 16,8%	373€ 16,1%	459€ 15,6%	594€ 13,7%
Bekleidung und Schuhe (Anteil an Konsumausgaben)	29€ 2,9%	47€ 3,4%	62€ 3,5%	85€ 3,7%	112€ 3,8%	168€ 3,9%
Wohnen, Energie, Instandhaltung (Anteil an Konsumausgaben)	497€ 50%	604€ 43,4%	736€ 41,2%	913€ 40%	1085€ 37%	1365€ 31%
Gesundheit (Anteil an Konsumausgaben)	24€ 2,4%	35€ 2,5%	53€ 3%	80€ 3,5%	116€ 3,9%	248€ 6%
Verkehr (Anteil an Konsumausgaben)	50€ 5%	137€ 9,8%	189€ 10,6%	262€ 11%	382€ 13%	692€ 16%
Post und Kommunikation (Anteil an Konsumausgaben)	37€ 3,7%	50€ 3,6%	57€ 3,2%	69€ 3%	77€ 2,6%	94€ 2,1%
Freizeit, Kultur, Unterhaltung (Anteil an Konsumausgaben)	65€ 6,5%	108€ 7,8%	157€ 8,8%	211€ 9%	266€ 9%	473€ 10,9%
Daten: Destatis (2020a), Darstellung und Berechnung: Eigene.						

Es zeigt sich zudem, dass in allen Einkommensgruppen der Posten „Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung“ den größten Anteil an den Gesamtkonsumausgaben einnimmt. In der untersten Einkommensgruppe nimmt weiterhin der Ausgabenbereich „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“ den zweitgrößten Anteil der Ausgaben ein und die Summe aus beiden Ausgabengruppen beläuft sich auf über 65 Prozent der Gesamtausgaben. Es zeigt sich zudem, dass ökonomisch relativ besser gestellte Haushalte in der Lage sind, ihre Bedürfnisse im Bereich der Wohnungs- und Nahrungsmittelversorgung so weit befriedigen zu können, dass ihnen Mehrausgaben in diversen weiteren Bereichen möglich sind. Die unteren Einkommensgruppen können hingegen einen nur geringen Anteil für solche weiteren Ausgaben aufwenden.

Es folgt hieraus also ein klarer Vorrang der Ausgabenkategorien „Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung“ und „Nahrungsmittel, Getränke und Tabak“ vor diversen weiteren Ausgaben bei ökonomisch schlechter gestellten Haushalten. Hieraus begründet sich die Annahme des besonders hohen Stellenwerts und der relativ geringen Substituierbarkeit dieser Ausgaben. Es ergibt sich daher, dass insbesondere die unteren Einkommensgruppen von einem Anstieg der Preise in diesen Güterbereichen stark betroffen sind.

Steigende Preislevel abseits der Geldpolitik

Der kontinuierliche Anstieg des allgemeinen Preislevels lässt sich, nach Auffassung der heutigen Makroökonomie, immer zu einem entscheidenden Teil auf eine expansive Geldpolitik zurückführen (Romer 2012). Steigende Preislevel in der kurzen bis mittleren Frist einzelner Güter oder Güterklassen können jedoch diverse Ursachen haben. Da der Kern dieser Arbeit darin liegt, zu untersuchen, welche weiteren staatlichen Handlungen abseits geldpolitischer Maßnahmen zu steigenden Konsumentenpreisen in einzelnen Güterbereichen geführt haben können, werden an dieser Stelle noch kurz die generellen Annahmen hinter steigenden Preisen als Folge von staatlichen Eingriffen, von Regulierung und von Besteuerung aufgeführt.

Regulierungen werden hier als staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen bezeichnet, die den Handlungsspielraum von Wirtschaftssubjekten, mit dem Hinblick auf die Erreichung eines gesellschaftlichen oder staatlichen Ziels, direkt beeinflussen. Regulierungen können entweder auf das Erreichen eines konkret definierten gesellschaftlichen Endzustands gerichtet sein, oder lediglich darauf abzielen, aus der Menge der alternativen Endzustände solche, die für die Gesellschaft als nicht wünschenswert angesehen werden, auszuschließen. Hierzu stehen der Regierung diverse Methoden zur Verfügung, die von der Definition von Produktstandards für bestimmte Konsumgütern bis hin zur direkten Bestimmung von Produktionsmethoden, -mengen und -preisen reichen. Eine weitere Form des Eingriffs in das Marktgeschehen wäre die indirekten Preisbeeinflussung durch Steuern oder Subventionen.⁴ Alle dieser Methoden finden heute Einzug in die Praktiken des modernen Wohlfahrtsstaates.

Im Fall der Besteuerung kann der Staat die Preise in der Volkswirtschaft indirekt in eine gewünschte Richtung verändern. Ein Anstieg der Verbraucherpreis kann somit zum Beispiel das Resultat einer direkten Besteuerung der Erzeuger- oder Verbraucherpreise sein. Das genaue Ausmaß der Preissteigerung für die Konsumenten bemisst sich anhand der Preiselastizitäten der Konsumenten- und Produzentenseite. Die Marktseite mit den geringeren Preiselastizitäten, also mit den geringeren Möglichkeiten, die Steuer durch Verhaltensanpassungen zu umgehen, wird den Großteil der Steuerlast tragen

⁴ Den Grad des Eingriffs in das Marktgeschehen könnte man wahrscheinlich oberflächlich daran bemessen wieviel Entscheidungsspielraum den Marktteilnehmern in Folge des Eingriffs übrig bleibt.

(Musgrave, Musgrave und Kullmer 1993). Eine Steuer auf alle Nahrungsmittel ist für Konsumenten beispielsweise nicht zu umgehen, während eine Steuer, die lediglich ein einzelnes Nahrungsmittel betrifft, durch den Erwerb von alternativen Gütern umgangen werden kann. Folglich sollte bei gleicher Höhe der Steuer im ersten Fall größere Anstiege der Konsumentenpreise zu erwarten sein als im zweiten Fall.

Der Weg, auf dem anderweitige staatliche Eingriffe, insbesondere Regulierungen der Produzentenseite, auf Konsumentenpreise wirken, folgt derselben Logik. Regulierungen in vormals unregulierten Bereichen führen dazu, dass Unternehmen ihre Handlungen an neue Vorschriften anpassen müssen. Unter der Annahme, dass Unternehmen darauf abzielen, ihre Kosten zu minimieren und auch in der Lage sind, mit der Zeit kostenminimierende Produktionsmethoden zu finden, sollten subsequeute Verhaltensanpassungen zu kostenintensiveren Produktionsmechanismen führen. Wenn eine ganze Industrie reguliert wird, sollte man davon ausgehen, dass steigende Produktionskosten zu einem großen Teil an die Konsumenten weitergegeben werden. Die tatsächlich resultierenden Preisanpassungen und Wohlfahrtseffekte sind jedoch erneut von den Elastizitäten der beiden Marktseiten abhängig. Der Effekt direkter Mengen- oder Preisbestimmung durch staatliche Regulierungsbehörden auf die aufkommenden Preise scheint evident. Anderweitige Marktregulierungen, die Lizenzen oder andere Formen der staatlichen Akkreditierung der Produzentenseite verlangen, können in weiteren Fällen als künstliche Markteintrittsbarriere angesehen werden, die den Wettbewerb auf der Produzentenseite verringern und dadurch ebenfalls die Preise für Konsumenten in diesen Bereichen steigen können.

Markteingriffe, ob direkt oder indirekt, erscheinen oft wünschenswert, da man durch sie gesellschaftliche Ziele erreichen kann. Besonders im Vordergrund steht heute beispielsweise der Gesundheits- oder der Umweltschutz. Trotz der gesellschaftlich relevanten Zielfunktion der Regulierung sollten berechnete Bedenken über die Kosten des Eingriffs jedoch in die Kosten-Nutzen-Abwägung einfließen.

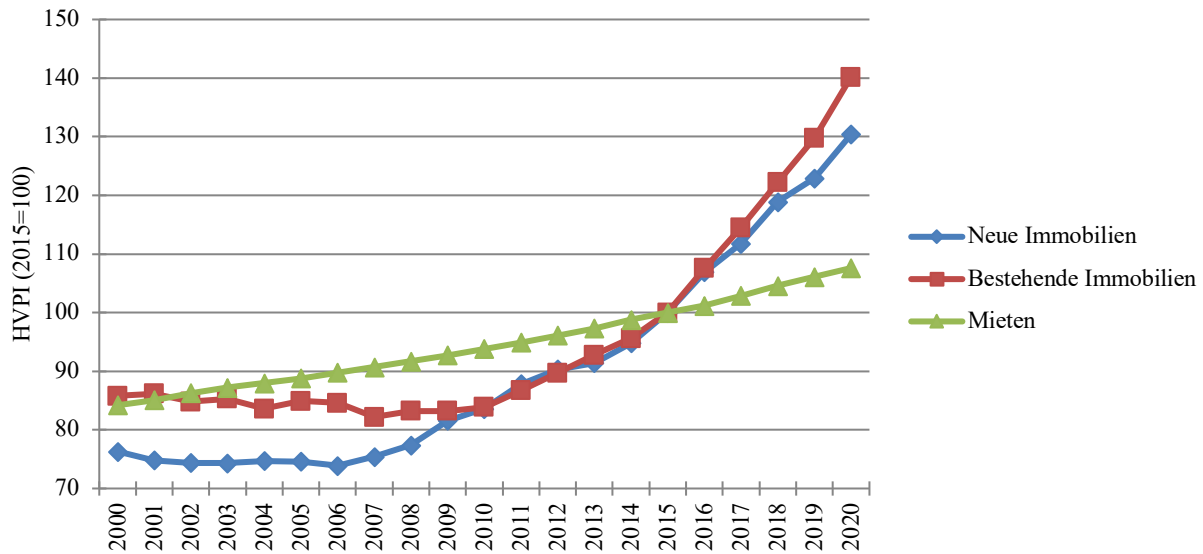
Analyse

Im folgenden Teil dieser Arbeit sollen die Veränderungen des Preislevels in den einzelnen Ausgabebereichen einmal ausführlicher untersucht werden. Zudem wird über eine nähere Beleuchtung des regulatorischen und fiskalischen Umfelds versucht nachzuvollziehen, wie staatliche Interventionen zum Anstieg der Konsumentenpreise geführt haben. Wie bereits angesprochen, wird ein spezieller Fokus auf die beiden größten Ausgabenposten von Haushalten am unteren Rand der Einkommensverteilung gelegt. Zunächst wird daher der Bereich Wohnen und die Energieversorgung von Haushalten betrachtet. Im Anschluss werden Nahrungsmittel sowie alkoholische Getränke und Tabak eingehender betrachtet. Zuletzt wird der Kommunikationssektor als Gegenbeispiel für die Effekte der Deregulierung von Märkten betrachtet.

Wohnen

In Abbildung 2 ist zu beobachten, dass der Teil des HVPI, welcher „Wohnen, Wohnungseinrichtung und -Instandhaltung“, sowie die Wasser- und Energieversorgung mit Strom und Gas umfasst, seit 1996 von einem Indexwert von 67 auf einen Indexwert von 108 im Jahr 2021 angestiegen ist. Das Basisjahr mit dem Indexwert 100 liegt hier, sowie im weiteren Teil der Arbeit, im Jahr 2015. Zudem stellt dieser gesamte Sektor den beträchtlichsten Teil der Ausgaben aller Haushalte dar, und macht insbesondere am unteren Rand der Einkommensverteilung durchschnittlich fast 50 Prozent der Gesamtkonsumausgaben eines Haushalts aus. Aus der Kombination dieser beiden Umstände lässt sich auch die Relevanz des Themas Wohnen in der politischen Debatte in der Bundesrepublik erklären und verdient dementsprechend auch hier eine genauere Betrachtung. Auf den Bereich der Energieversorgung wird im nächsten Abschnitt gesondert eingegangen.

Abbildung 3: Mieten- und Häuserpreisindex (Daten: Destatis 2022d, Abbildung: Eigene)



Für den Bereich Wohnen lässt sich feststellen, dass sowohl der Preis von neuen und bestehenden Immobilien als auch der Preis für die Nutzung von Immobilien, also Mieten, in den letzten Jahren stark gestiegen sind. Von 2000 bis 2010 waren die Immobilienpreise sehr stabil und zeitweise sogar fallend. Im Verlauf der letzten Dekade stieg ihr Preis jedoch um mehr als 50 Indexpunkte an. Der Preis für Mieten stieg hingegen sehr beständig, fast linear, von einem Indexwert von 79,4 im Jahr 1996 auf einen Indexwert von 109 im Jahr 2021.

Es muss jedoch angemerkt werden, dass es sich bei diesen Indizes um Durchschnittswerte für ganz Deutschland handelt und bestehende regionale Differenzen in dieser Form der Darstellung keine Beachtung finden. Insbesondere bei nicht-mobilen Gütern wie Häusern bestimmen die unterschiedlichen regionalen Angebots- und Nachfrageumstände daher entscheidend über den Preis, da ein Ausgleich der Preise, wie man ihn bei transportfähigeren Gütern erwarten würde, in dieser Güterkategorie ausbleibt. Während Häuser immobil sind, kann man hingegen davon ausgehen, dass finanzielles Kapital sehr mobil ist und dort eingesetzt wird, wo die höchsten Renditen zu erwarten sind. Als Reaktion auf eine regionale Knappheit von Wohnraum, welche sich in steigenden Mieten- und Immobilienpreisen ausdrückt, sollte man aufgrund der gestiegenen Renditemöglichkeit eine Ausweitung des Wohnraumangebots erwarten. Das würde zu einer Preisreaktion führen, die sich entweder in einer Verringerung der Preisanstiege oder gar einer Senkung der Preise ausdrücken sollte. In Gebieten mit einer steigenden oder allgemein hohen Nachfrage bestünde somit also auch ein Anreiz, das Angebot an Wohnraum auszuweiten. Die vorangestellte Frage ist daher, wieso diese Reaktion auf der Angebotsseite nicht in einem ausreichenden Maß ausfällt, um bestehende Knappheiten, und entsprechend hohe Preise, auszugleichen.

Ein erster limitierender Produktionsfaktor, welcher insbesondere die Bauwirtschaft betrifft, ist das

begrenzte zum Bau verfügbare Land. Regulierungen welche die Nutzung von Land, und das Bauwesen im weiteren Sinne, betreffen sind in vielen Fällen eine lokale politische Angelegenheit. Da eine deutschlandweite Betrachtung aller regionalen Wohnungsmärkte den Rahmen dieser Arbeit übersteigen würde, wird daher die Stadt Berlin als ein extremes, und gleichzeitig öffentlich bekanntes, Beispiel genutzt, anhand welchem sich die Probleme einer überbordenden Regulierung im Bau- und Wohnsektor skizzieren lassen. Die Ergebnisse und Auswirkungen lassen sich, in seinen jeweiligen regionalen Ausprägungen, auf die anderen Regionen in Deutschland übertragen.

Betrachtet man in Tabelle 2 zunächst die deutschlandweite Entwicklung der Baulandpreise, so lässt sich festhalten, dass der Preis für Bauland pro Quadratmeter im letzten Jahrzehnt (2010 bis 2020) um 53 Prozent gestiegen ist. In Deutschland ging mit einem steigenden Preis auch ein Anstieg der verkauften Menge an Bauland einher. Diese Korrelation lässt für Deutschland zunächst auf ein generelles Funktionieren des Marktes für Bauland schließen. Für das Land Berlin lässt sich dies nicht ohne weiteres bestätigen. Der Anstieg der Bodenpreise von 248 Prozent zwischen den Jahren 2010 und 2020 geht mit einer sinkenden verkauften Menge an Bauland einher. Dieser untypische Befund ließe sich unter anderem so erklären, dass die generelle Menge an bestehendem Bauland eingangs beschränkt ist und im Verlauf der Zeit beständig abnimmt, da sie beispielsweise aufgrund von vorheriger Bauaktivität nicht mehr als Bauland zum Verkauf steht.

Tabelle 2: Baulandpreise und verkaufte Mengen in Deutschland und Berlin

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Deutschland (insgesamt)											
Anzahl an Käufen	60.767	62.249	65.647	61.511	62.496	64.572	66.351	62.503	60.574	60.404	61.523
Verkaufte Fläche (1000m ²)	46.730	48.963	53.693	51.159	51.431	56.678	59.201	56.556	53.969	54.080	55.837
Durchschnittlicher Preis (EUR/m ²)	152,51	145,33	141,91	150,96	161,6	162,49	182,61	208,86	219,03	224,95	233,77
Berlin											
Anzahl an Käufen	1.579	1.705	1.369	1.292	962	929	901	783	783	725	728
Verkaufte Fläche (1000m ²)	1.726	1.788	1.546	1.846	1.316	1.236	1.583	1.061	900	738	696
Durchschnittlicher Preis (EUR/m ²)	207,04	229,74	213,65	262,7	331,91	453,86	392,86	785,19	1135,38	1097,69	721,39
Daten: Destatis (2022e), Abbildung: Eigene											

Die sich anschließende Frage lautet, was in diesem konkreten Fall dazu führt, dass das Angebot an Bauland nicht angemessene auf die steigende Nachfrage reagiert. Die gesamte Fläche in einem bestimmten Raum, beispielsweise einer Stadt, ist natürlicherweise begrenzt und stellt sich im Aggregat

als gänzlich unelastisch dar. Bauland für Wohnraum ist jedoch nur eine Teilmenge der gesamten Bodenfläche, welche bis zu dieser konstanten oberen Grenze relativ variabel sein kann. Betrachtet man beispielsweise den Flächennutzungsplan der Stadt Berlin (Stand November 2021), so erkennt man, dass Berlin keinesfalls eine homogene Betonlandschaft ist, sondern eine gänzlich gemischte Form der Flächennutzung zwischen bebauten und unbebauten Gebieten aufweist. Aus der Statistik zur Tatsächlichen Flächennutzung des Statistischen Bundesamtes (Destatis 2022f) geht hervor, dass die Wohnbaufläche 25 Prozent des gesamten Stadtgebiets einnimmt, während Siedlungsfläche 55 Prozent des gesamten Stadtgebiets ausmacht. Entsprechend sollte herausgefunden werden, in welcher Form die bestehenden, nicht als Wohnraum genutzten, Flächen in Bauland für Wohnraum umfunktioniert werden könnten.

Aus der Betrachtung der Flächennutzungspläne (Berliner Senatsverwaltung 2020) erschließt sich, dass die Gebiete, in denen intensiv gebaut werden soll, in langfristigen Zeithorizonten von der Regierung ausgewiesen werden. Die Art und Weise, wie diese Gebiete ausgewiesen und anschließend bebaut werden, orientiert sich an diversen politischen Zielen, die nicht das primäre Ziel teilen, den Bestand an Wohnraum auszuweiten. Die Regierung der Stadt Berlin konstatiert, dass die Nebenziele aus diesen Leitlinien ein enormes Hindernis für die zügige Schaffung neuen Wohnraums darstellen. Die planenden Behörden selbst könnten die Menge an Bauanträgen und -genehmigungen aufgrund des zunehmenden Umfangs und der zunehmenden Komplexität der Anträge sowie der eigenen ungenügenden Kapazitäten kaum in adäquaten Zeiträumen bearbeiten (Berliner Senat 2021). Es zeigt sich bei einer erneuten Betrachtung der Statistiken zur Tatsächlichen Flächennutzung (Destatis 2022f), dass die Wohnbaufläche in Berlin von 2016 bis 2020 lediglich um 2,3 Prozent angestiegen ist. Die Probleme der Flächenumwidmung scheinen zumindest aus dieser Betrachtung evident.

Die Verfügbarmachung von Boden stellt eine politisch orientierte Entscheidung dar. Die Ausweisung von Flächen zur Wohnraumschaffung unterliegt keiner rein ökonomischen Überlegung, die sich an der Knappheit und dem marginalen Nutzen von zusätzlichem Wohnraum orientieren würde, sondern wird durch eine Vielzahl von weitergehenden Überlegungen und Interessen beeinflusst. Die Knappheit ist somit Resultat der Kombination aus überbordenden Regulierungen und einem unzureichenden Verwaltungsapparat. Es entsteht ein politisch geschaffenes Nadelöhr, das die Elastizität des Baulandangebots verringert und nachgelagert die Möglichkeit der Angebotsseite, auf bestehende Wohnraumknappheiten zu reagieren, entscheidend unterbindet. Eine Anpassung der Angebotsseite an sich verändernde Bedingungen kann somit nicht einmal in der mittleren oder langen Frist geschehen. Die bestehenden Knappheiten an Wohnraum können nicht ausgeglichen werden und folglich steigen die Mieten weiter.

Die Bauindustrie unterliegt weiteren politischen Einflüssen durch die Länder und den Bund. Anderweitige Ziele wie der Umweltschutz werden mit diversen Methoden verfolgt, wie beispielsweise

durch eine Beeinflussung der Baumethoden durch die Festlegung von Baustandards oder durch Anforderungen an Energieeffizienzen. Diverse Produktionsstandards und Bauweisen werden in vielen Bereichen zudem subventioniert (Bundesregierung 2019), wobei keine dieser Maßnahmen das primäre Ziel hat, den Häuserbestand entscheidend auszubauen. Diese Subventionen schaffen keine zusätzlichen Anreize zur Schaffung neuen Wohnraums und werden lediglich darin resultieren, dass der Wohnungsneubau mit immer größeren Subventionsvorgaben verknüpft ist.

Explizit negative Folgen entstehen dann für den Mieter, wenn die subventionierten und mandatierten Bauweisen teurer sind als die vormals praktizierten Bauweisen. Eine Betrachtung der Preisindizes für die Bauwirtschaft (Destatis 2022g) zeigt, dass die Baukosten in den letzten Jahren gestiegen sind, was insbesondere auf den Anstieg der Kosten für Baudienstleistungen zurückgeht. Bei keiner Baudienstleistung ist bis zum Jahr 2019 und darüber hinaus ein Indexanstieg unterhalb des allgemeinen HVPI zu erkennen. Eine Aussage, in welcher Form rigide politische Anforderungen und Subventionen hierzu beigetragen haben, lässt sich ohne eine tiefere ökonometrische Analyse nicht tätigen. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass sowohl die Kosten für Bautätigkeiten als auch die Anforderungen an die Produktionsweisen beständig steigen. Aufgrund des rigiden Wohnungsangebots ist davon auszugehen, dass diese Kostensteigerungen in Form von Mietsteigerungen an die Mieter weitergegeben werden.

Da eine Senkung der Miet- und Immobilienpreise über den Marktmechanismus weitgehend unterbunden wird, gleichzeitig jedoch auch die Wichtigkeit der Ausgaben für Wohnen evident sind, scheint sich die Politik dazu genötigt zu fühlen, noch tiefere Eingriffe in den Markt vorzunehmen. Mit dem Instrument der Mietpreisbremse werden lokale Regierungen dazu ermächtigt, direkt in die Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt einzugreifen. Die Mietpreisbremse findet in mehreren deutschen Gemeinden, unter anderem in Berlin, Hamburg und Bremen sowie im Raum München oder im Rheinland.⁵, Anwendung. Für eine nähere Betrachtung der Mietpreisbremse kann unter anderem auf die Arbeit von Mense, Michelsen und Kholodilin (2018) verwiesen werden. Ihre Arbeit zeigt zum einen, dass nach verfügbaren Daten die Mieten in den regulierten Gebieten weniger stark steigen, während zum anderen die Investitionen in die Instandhaltung des bestehenden Wohnraumbestands verringert werden. Da die Mietpreisbremse die tieferliegenden Probleme, die die Ausweitung des Wohnraums grundsätzlich behindern, nicht beheben kann, sollte auch von ihr keine Ausweitung des Wohnraums zu erwarten sein. Unter Betrachtung der demografischen Trends für Deutschlands urbane Zentren kann jedoch nur die Schaffung neuen Wohnraums, anstatt der Deckelung der Bestandsmieten auf Kosten der Bestandsinvestitionen, das Problem hoher Kosten für das Wohnen beheben.

Zudem sollte nicht notwendigerweise angenommen werden, dass die bestehenden Daten die Preise,

⁵ Abbildung 12 im Anhang von Mense, Michelsen und Kholodilin (2018) bildet den Anwendungsraum der Mietpreisbremse für Deutschland im Detail ab.

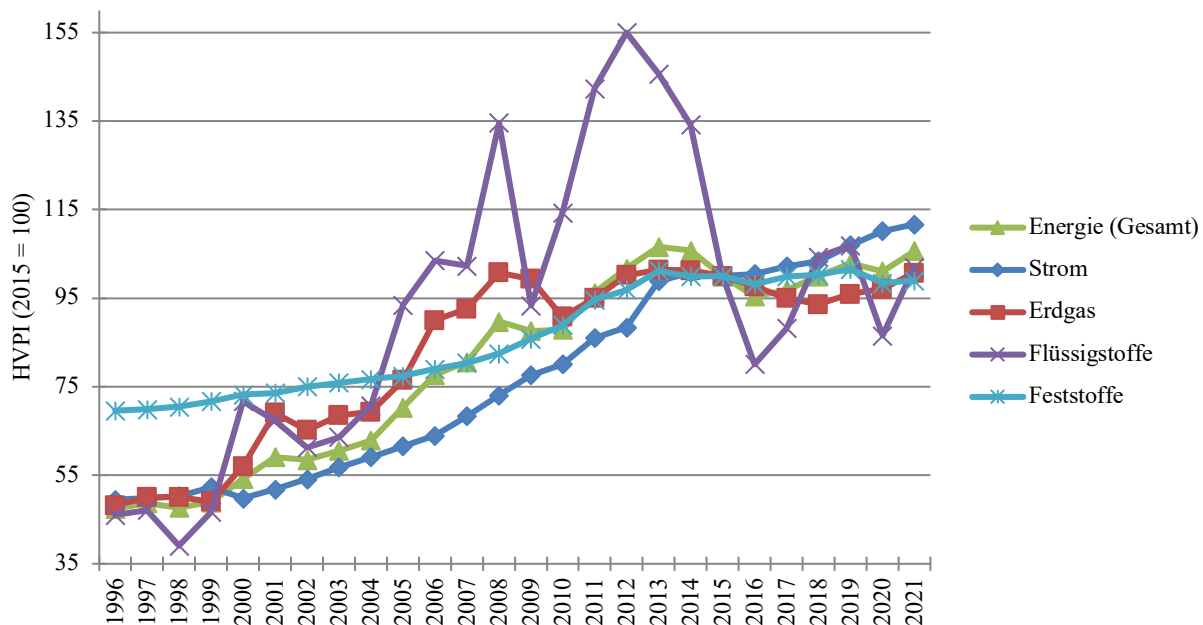
welche die Mieter wirklich zahlen, adäquat abbilden. Bekannterweise werden besonders knappe Güter oft auch über andere Wege gehandelt, sobald es der legale Rahmen nicht zulässt, dass die „eigentlichen“ Marktpreise bezahlt werden. Eine Verschiebung des Wettbewerbs von Preisen hin in illegale Bereiche hilft Wohnungssuchenden oder Bestandsmietern jedoch wenig. Diese Verschiebung des Wettbewerbs trifft zudem insbesondere auch ärmere Haushalte, da diese ohnehin schon eine schwache Verhandlungsposition auf dem Wohnungsmarkt haben und sich Vermittlungsprämien oder ähnliches nicht leisten können (Hinz und Auspurg, 2016).

Die Kosten für das Wohnen sind in ganz Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten, und besonders in attraktiven Städten, stark gestiegen. Das regulatorische Umfeld lässt es in diesen Städten nicht zu, dass die Angebotsseite des Marktes auf die steigende Nachfrage nach Wohnraum reagieren kann. Der politische Fokus im Wohnungsmarkt liegt auf anderweitigen Zielen, die eine adäquate Reaktion des Marktes unterbinden. Aufgrund fehlerhaft gesetzter politischer Anreize wird der Wohnungsmarkt daher in stark nachgefragten Regionen auch in Zukunft von übermäßig hohen Mieten gekennzeichnet sein, was wiederum insbesondere zulasten der Gruppen geht, welche sich im unteren Bereich der Einkommens- und Wohlstandsverteilung befinden.

Energie

Die Preise im Energiesektor, insbesondere für Strom und Gas, sind der zweite Teil des größten Ausgabenpostens „Wohnen, Instandhaltung und Energieversorgung“ der unteren Einkommensgruppen. Der HVPI ist in diesem Bereich in Deutschland seit 1996 von einem Indexwert von 47,5 auf einen Wert von 102,9 im Jahr 2019 und darüber hinaus auf 105,7 im Jahr 2021 gestiegen. Der Ausgabenbereich Energie umfasst die Ausgaben für Elektrizität, Gas und andere Energieträger wie Öl. Die Energiewirtschaft beeinflusst als wichtiger Produktionsfaktor zudem die meisten Güterpreise in der nachgelagerten Wertschöpfungskette. Energie ist als universeller Inputfaktor daher mitbestimmend für das allgemeine Preislevel in der Volkswirtschaft.

Abbildung 4: Preisindizes für Energieträger (Daten: Destatis 2022c, Abbildung: Eigene)



Deutschland ist aufgrund seiner geologischen Gegebenheiten kein bedeutendes erdöl- oder erdgasförderndes Land und daher von Energieimporten und Weltmarktpreisen abhängig. Mit dem Verbot der Erdgasförderung durch die Methode des „Frackings“ ist zudem eine kostengünstige Methode der lokalen Erdgasförderung, aufgrund umweltpolitischer Überlegungen, unterbunden. Von lokalen Angebotsreaktionen auf steigende Öl- und Gaspreise ist daher in Deutschland nicht auszugehen. Eine Angebotserhöhung für diese Güter könnte somit lediglich durch eine Ausweitung der Erdölimporte oder fernem durch Substitution mit anderen Energieträgern erfolgen.

Neben diesen grundlegenden Rahmenbedingungen unterliegt der Energiesektor weiteren erheblichen politischen Einflüssen, insbesondere im Hinblick auf eine Verringerung der CO₂ Emissionen. Ohne die Notwendigkeit dieses Ziels zu leugnen, sollte die Transition der Volkswirtschaft hin zu einer Form der erneuerbaren und nachhaltigen Energiegewinnung jedoch prinzipiell in der kostengünstigsten Form geschehen.

Die Externalitäten der CO₂ Emissionen werden zunächst europaweit über das europäische Emissionshandelssystem (EUETS) eingepreist. Steigende Preise für CO₂ Emissionen sollen einen Anreiz schaffen, Emissionen zu verringern und emissionsintensive Produkte und Produktionstechnologien durch erneuerbare Alternativen zu substituieren. Steigende Preise für relativ emissionsstarke Güter sind unter diesen politischen Zielen zu erwarten und erwünscht. Der EUETS kann als Instrument weitgehend als resultat- und technologieoffen charakterisiert werden und stellt eine marktwirtschaftliche Form der Klimapolitik dar (Tietenberg 2013).

Die nationale Energie- und Klimapolitik hat sich jedoch zu weiten Teilen von Marktwirtschaft und Technologieoffenheit entfernt. Die angestrebte Struktur der deutschen Energie- und Stromversorgung

folgt in erster Linie einer politischen Vision, die weder garantiert, dass die notwendigen Ziele erreicht werden, noch, dass die Kosten der Transition so gering wie möglich ausfallen.

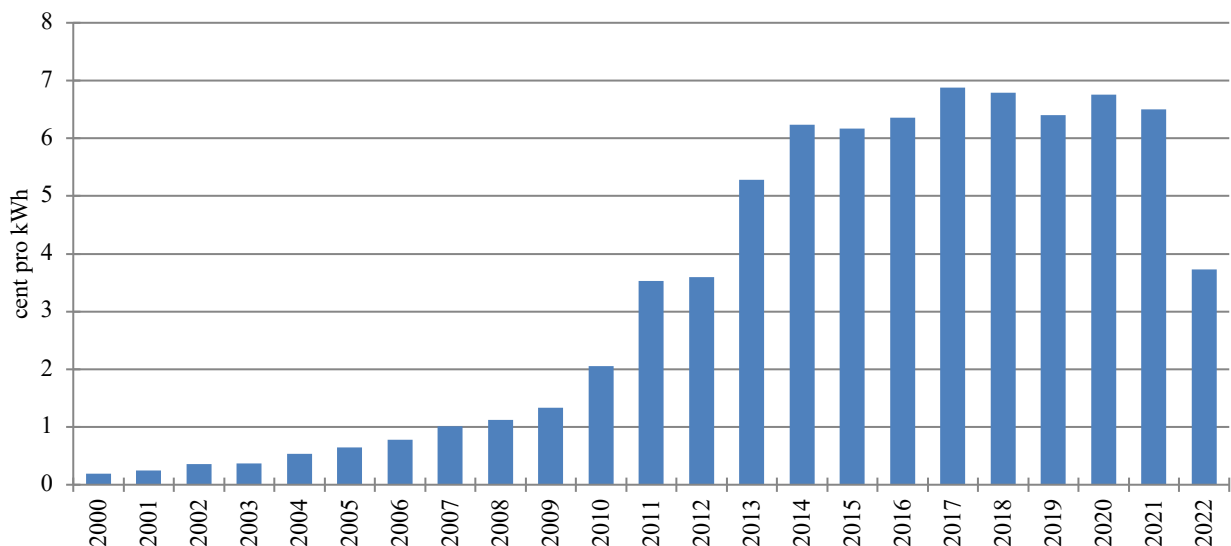
Die tiefsten Eingriffe in die Marktprozesse sehen wir in dem Verbot ganzer Industriezweige der Energieproduktion in der Form der Ausstiege aus der Atom- und Kohleenergie. Der Atomausstieg wurde im Jahr 2011 beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt wurden noch 17 Atomreaktoren in Deutschland genutzt. Zuletzt wurden zum Ende des Jahres 2021 drei Reaktoren abgeschaltet und zum Ende des Jahres 2022 steigen die letzten drei verbleibenden Reaktoren aus der Stromproduktion aus. Seit 2011 nahm entsprechend der durch nukleare Energie produzierte Strom, bei gleichzeitig steigendem Strompreis, ab. Der Anteil der Kernenergie an der gesamten Nettostromerzeugung in Deutschland belief sich jedoch auch im Jahr 2021 auf noch 13,3 Prozent (Fraunhofer-ISE 2022). Dieser Anteil an der deutschen Stromerzeugung kann mit Ende des Jahres 2022 also nicht mehr durch Kernenergie gewonnen werden und muss notwendigerweise auf anderen Wegen bereitgestellt werden. Selbst unter voranschreitendem Ausbau erneuerbarer Energien müsste zumindest kurzfristig der Wegfall der nuklearen Energieerzeugung mit fossilen Alternativen substituiert werden. Diese steigende Nachfrage im Bereich der fossilen Energieträger, welche mit zunehmenden Preisen einhergehen wird, stellt sich in Summe als negativer Angebotschock im Energiesektor dar, welcher wiederum zu erneut steigenden Energiepreisen führen sollte. Gleichzeitig wurde der Kohleausstieg zum Anfang des Jahre 2019 beschlossen, welcher ein Ende der Verstromung von Kohle, spätestens zum Jahr 2038, festlegt. Investitionen in den Ausbau der Kohlestromerzeugung, über welche die entstehenden Knappheiten überbrückt werden könnten, sind damit auch schon in der kurzen Frist unterbunden.

Die Politik bestimmt ebenso, welche Formen der Energie primär genutzt werden sollen. Nach politischen Überlegungen sollte beispielsweise Erdgas eine zentrale Rolle in den energie- und klimapolitischen Zielen Deutschlands einnehmen und die Versorgung, bis zur Finalisierung der vollständigen Umstellung der Energiegewinnung durch erneuerbare Energien, sicherstellen (Bundesregierung 2019). Im Jahr 2021 ist von allen fossilen Brennstoffen Erdgas in der Stromerzeugung, nach der Braunkohle, der zweitwichtigste und in der Wärmeerzeugung bereits der wichtigste fossile Brennstoff (Destatis 2022h). Als Resultat einer solchen einseitigen Festlegung sollte Deutschland in der Zukunft eine zunehmende Nachfrage nach Erdgas erwarten. Betrachten wir zudem den Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Implikationen steigender Erdgaspreise für die deutsche Wirtschaft (Destatis 2022a), so offenbaren sich die Risiken einer einseitigen Abhängigkeit vom Rohstoff Erdgas.

Neben dem Ausstieg aus Kohle und Kernkraft und einer Festlegung auf Erdgas werden im Zuge der Klimapolitik der Bundesrepublik zudem erneuerbare Energien, primär Wind und Solar, weitgehend gefördert. Diese Förderung, beschlossen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), wird zu einem Teil über die sogenannte EEG-Umlage direkt durch die Endverbraucher mitfinanziert. Abbildung 5 stellt dar, dass die EEG-Umlage in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts weniger als einen Cent

pro kWh am Konsumentenpreis ausmachte, während es zum Beginn der 2010er Jahre zu starken Anstiegen auf über sechseinhalb Cent pro kWh kam. Im Verlauf der 2010er Jahre bleibt die EEG-Umlage auf diesem Niveau und macht in dieser Zeit beständig mehr als zehn Prozent des zu zahlenden Preises für Strom aus. Für einen Haushalt mit einem Verbrauch von 1500kWh beliefen sich die Ausgaben hieraus auf fast 100€ pro Jahr.

Abbildung 5: EEG-Umlage (Daten: Burger, Mayer 2014 & Netztransparenz.de, Abbildung: Eigene)



Zudem ist die private und gewerbliche Nutzung von Gas und Strom neben der 19 Prozent umfassenden Mehrwertsteuer mit einer zusätzlichen Verbrauchssteuer belegt. Pro 1000 verbrauchten kWh Strom fallen für private Haushalte zusätzliche 20,5€ Verbrauchssteuer an, während für den Verbrauch von Gas 61€ pro 1000 Liter bezahlt werden müssen. Im europäischen Vergleich liegen die Verbrauchssteuern von Energieträgern in Deutschland in allen Fällen weit über den vom Europäischen Rat per Direktive festgelegten minimalen Sätzen (EU-Kommission 2021a).

Die Summe aus Mehrwertsteuer, Verbrauchssteuer, EEG-Umlage und die entlang der Wertschöpfungskette weitergereichten Kosten des EUETS stellen einen erheblichen politischen Einfluss auf die Konsumentenpreise dar. Die weiteren tiefgreifenden Eingriffe in die Energiewirtschaft entlang umwelt- und klimapolitischer Ziele tragen ebenfalls zu höheren Preisen bei. Angebotsseitige Reaktionen durch eine inländische Förderung von Erdgas scheinen zum einen geologisch schwierig und zum anderen politisch nicht gewollt zu sein. Zusätzlich scheint eine Umkehrung der Nuklearpolitik ebenfalls nicht in Aussicht. Eine Reaktion auf die gestiegenen Konsumentenpreise im Bereich der Energie- und Stromversorgung sind daher nicht erwartbar, was auch in Zukunft steigende Preise indiziert. Im Energiesektor findet sich der Konsument in einer Lage wieder, in welcher er nicht nur steigende Preise

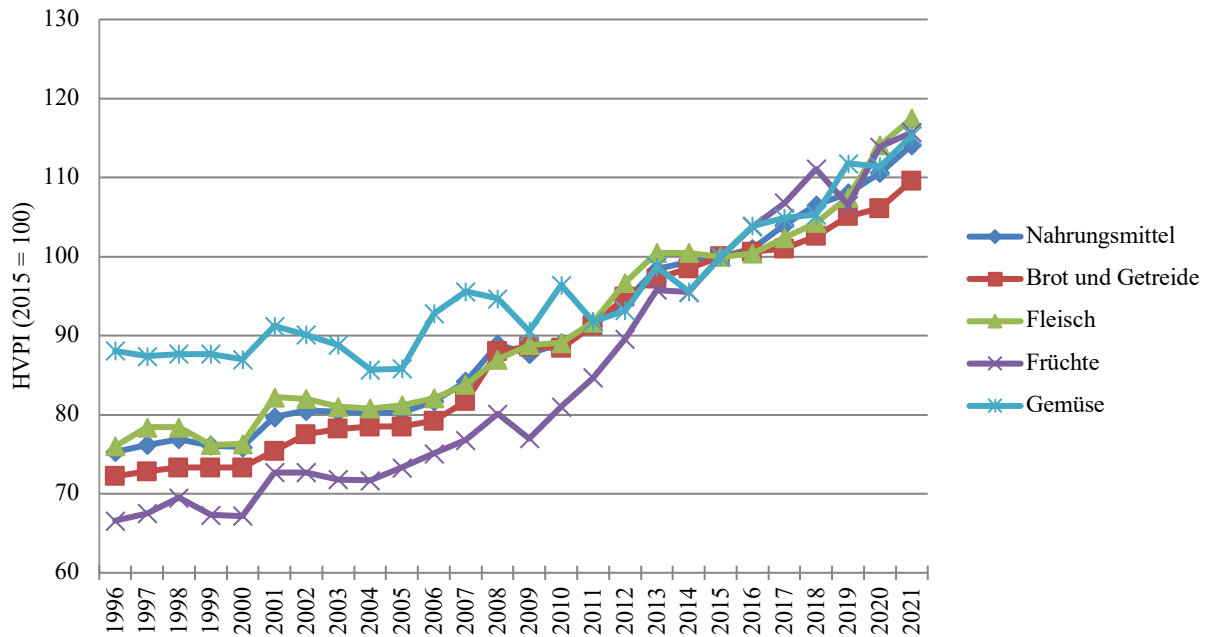
in Kauf nehmen muss, sondern auch gleichzeitig den Aufbau einer politisch bestimmten Industriestruktur mitfinanziert, von welcher er nicht ausgehen kann, dass sie seinen ökonomischen Belangen am meisten dient.

Nahrungsmittel

Die Summe der Ausgaben für Nahrungsmittel, Tabak und Alkoholische Getränke nimmt fast 19 Prozent der monatlichen Konsumausgaben eines durchschnittlichen Haushalts mit einem Monatseinkommen von unter 1300€ ein. Ein Blick auf den übergeordneten HVPI für den Bereich der Nahrungsmittel zeigt, dass diese im längeren Zeitraum von 1996 bis 2019 von einem Indexwert von 75,3 auf 108 gestiegen sind. Bis zum Jahr 2021 stieg dieser Wert auf 114,1. Erste Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf Lebensmittelpreise sind bereits seit April 2022 deutlich erkennbar. Im Vergleich zum April des Jahres 2021 stiegen die Preise um 8,6 Prozent (Destatis 2022a).

Betrachtet man eine Aufschlüsselung dieses Preisindex, so ist zunächst zu sehen, dass alle ausgewählten Teilbereiche (die Auswahl ist nicht erschöpft) langfristig gestiegen sind. Ursächlich für das kontinuierlich steigende Preislevel im Bereich weltweit gehandelter Nahrungsmittel können beispielsweise die steigende Weltbevölkerung und der steigende globale Wohlstand sein, da, wie in Tabelle 1 zu sehen ist, mit dem Einkommen auch der absolute Konsum von Nahrungsmitteln steigt. Unter normalen Umständen sollte der Markt jedoch auf diese Nachfrageveränderungen reagieren können. Diese Reaktion scheint jedoch nicht stattzufinden. Lebensmittelmärkte werden, zumindest in der westlichen Welt, insbesondere in Bezug auf Produktions- und Qualitätsvorschriften, stark reguliert. Eine Betrachtung des regulatorischen Umfelds scheint deshalb ein guter Startpunkt zu sein, um Gründe für eine eingeschränkte Reaktion der Angebotsseite auszumachen.

Abbildung 6: Nahrungsmittel (Daten: Destatis 2022c, Abbildung: Eigene)



Wie im Bereich des Wohnungsbaus ist auch in der Landwirtschaft ein bestimmender Faktor der Produktion das zur Verfügung stehende Land. In Deutschland ist das auf die Landwirtschaft entfallende Land im Verlauf der Jahre 2016 bis 2020 gesunken (Destatis 2021b), während im selben Zeitraum der Anteil konkurrierender Flächennutzungsformen, insbesondere für Wälder und Verkehr, gestiegen ist. Der Verlust liegt bei knapp 1700km² und damit bei unter einem Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland im Jahr 2016. Die Ursache von generell steigenden Preisen im Bereich Nahrungsmittel kann hier daher nicht gefunden werden. Es sollte jedoch festgehalten werden, dass eine Verringerung der landwirtschaftlich genutzten Fläche gleichzeitig nicht dazu dienen kann, auf potenzielle positive Nachfrageentwicklungen zu reagieren. Aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) leiten sich zudem weitere Implikationen für die Nutzung von Flächen ab. In der GAP werden die grundlegenden Ziele der europäischen Agrarpolitik festgelegt, welche neben der Verpflichtung zum gemeinsamen Markt auch die Subventionsgrundlagen für den Landwirtschaftssektor ausmachen.⁶ In Deutschland wird die GAP mit dem Ziel einer umwelt- und klimaverträglichen Landwirtschaft ausgeformt und verlangt von landwirtschaftlichen Betrieben mit mehr als 15 Hektar genutzter Fläche, dass mindestens fünf Prozent dieser Fläche als ökologische Vorrangfläche verwendet werden, sofern man Subventionen erhalten möchte. Hierdurch verringert sich der Anteil der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche erneut.

Zudem weist die bestehende landwirtschaftliche Fläche diverse konkurrierende Nutzungsmöglich-

⁶ Im Jahr 2022 einen Ausgabenposten im Umfang von mehr als 52 Milliarden Euro (EU-2022 Haushalt).

keiten auf. Einige Nutzungsmöglichkeiten dienen nicht dem primären Ziel der Nahrungsmittelversorgung und werden gleichzeitig direkt subventioniert. Durch die Förderung des Anbaus von Pflanzen zur Gewinnung von Biogas durch das EEG wird beispielsweise diese Anbauoption im Vergleich zu den Alternativen notwendigerweise attraktiver und es ist zu erkennen, dass sich die für Grünschnitt genutzte Fläche vom Jahr 2010 bis 2021 entsprechend um 17 Prozent erhöht hat (Destatis 2021a).

Es scheint nicht ersichtlich, dass eine Ausweitung der landwirtschaftlich genutzten Flächen für die Nahrungsmittelproduktion politisch gewollt ist. Eine Ausweitung der Menge an landwirtschaftlichen Erzeugnissen könnte daher nur noch aus einer effizienteren Nutzung der Produktionsfaktoren resultieren. Dies dürfte durch den regulatorischen Rahmen jedoch nicht unterbunden werden. Eine intensivere Nutzung könnte unter anderem durch Düngernutzung oder eine Umstellung der Aussaat auf ertragreichere Pflanzenarten geschehen. Die zulässigen Düngemittel in Deutschland werden in der Düngeverordnung (DüV) festgeschrieben. Diese beschränkt insbesondere im Hinblick auf das Ziel der Bodenschonung die verfügbaren Stoffe und Mengen. Die Nitratverordnung der EU beschränkt zudem die Mengen an Gülle, also natürlicher Bioabfälle, die auf die Felder ausgebracht werden dürfen.

In Bezug auf die Nutzung ertragreicherer und klimaresistentere Pflanzen sollte man zunächst davon ausgehen, dass die Landwirte grundsätzlich einen Anreiz haben, die für ihre Felder besten Anbaumethoden zu wählen. Eine Umstellung auf effizientere, neue Arten durch die Kreuzung bestehender Arten scheint deshalb eine langfristige Innovation in diesem Gebiet darzustellen. Die künstliche Erzeugung von neuen Getreidearten durch Gentechnologie wird in der EU und insbesondere in Deutschland hingegen durch entsprechende Verbote unterbunden und im Jahr 2022 war keine genetisch veränderte Getreidesorte auf deutschem Boden zugelassen. Effizienzgewinne aufgrund von genetischer Modifikation bestehender Getreidearten, wie dies in den USA bereits geschieht, können somit in der EU und in Deutschland nicht ausgeschöpft werden.

Das die Landwirtschaft betreffende regulatorische Umfeld in Deutschland geht über die dargelegten Zustände noch weiter hinaus. Eine genauere Betrachtung der Tierhaltung wurde beispielsweise noch nicht unternommen. Mit Hinsicht auf das Tierwohl sind in den letzten Jahren diverse Regulierungen in Kraft getreten, welche für eine humane Nutztierhaltung sorgen sollen. Ohne diese Bedenken zu hinterfragen, lässt sich jedoch festhalten, dass insbesondere kleinere Bauern weniger in der Lage sind, diesen Anforderungen nachzukommen. Ein erwartbares Resultat ist folglich, dass die Anzahl an Anbietern kleiner wird und lediglich die größeren Unternehmen bestehen werden. Aus einem geringeren Wettbewerb werden wiederum steigende Preise für die Konsument resultieren.

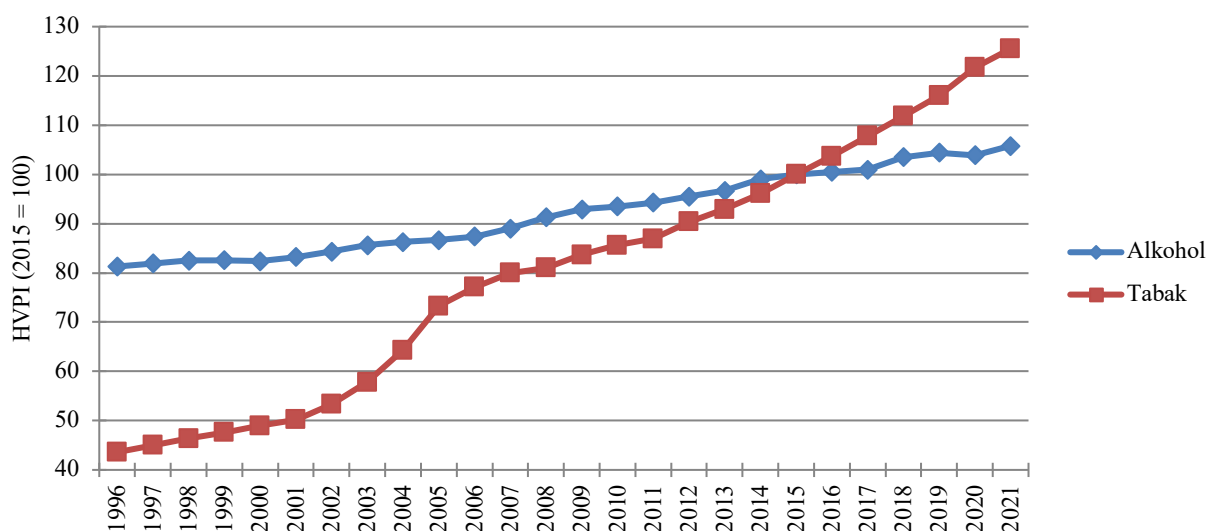
Die Landwirtschaft ist wahrscheinlich einer der am stärksten staatlich beeinflussten Sektoren der Wirtschaft. Die landwirtschaftliche Flächennutzung wird von einer Vielzahl von Regularien bestimmt,

welche meist im Hinblick auf Ziele erlassen werden, die nicht primär dem Ziel der Nahrungsmittelproduktion dienen. Die Flächennutzung zeigt deutlich, dass eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland nicht in Aussicht steht, während eine Intensivierung der Nutzung nur in inkrementellen Wegen ersichtlich scheint. Gleichzeitig ist der Agrarsektor in der EU und auch in Deutschland einer der am stärksten vom Welthandel geschützten und gleichzeitig subventionierten Sektoren der Wirtschaft. Diese Maßnahmen haben jedoch primär das Ziel die bestehenden Strukturen zu erhalten. Ein hochregulierter, vom Wettbewerb durch Außenhandelsbeschränkungen geschützter und im Inland durch Subventionen konservierter Wirtschaftszweig ist selten das Umfeld, in dem notwendige Innovationen entstehen. Diese wären jedoch der beste Weg hin zu niedrigerer Umweltbelastung unter gleichbleibend hoher Produktionsmenge.

Alkohol und Tabak

Der zweite Teil des gemeinsamen Ausgabenbereichs Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak macht die letztgenannte Kategorie Alkohol und Tabak aus. Abbildung 7 zeigt die Entwicklung des HVPI für diese beiden Güterklassen. Es ist zunächst zu erkennen, dass beide Güter seit 1996 bis heute einen stetigen Anstieg verzeichnen. Der Indexwert für Tabak steigt im Zeitverlauf von 1996 bis 2021 um knapp 82 Punkte auf einen Wert von 125,5, während der Indexwert für Alkohol im selben Zeitraum um 24,3 Punkte auf einen Wert von 105,8 steigt.

Abbildung 7: Preisindex für Alkohol und Tabak (Daten: Destatis 2022c, Abbildung: Eigene)



Die Verringerung des Tabak- und Alkoholkonsums ist in Deutschland eines der gesundheitspolitischen Ziele, daher kann man eine erhebliche staatliche Einflussnahme auf die Preisentwicklung erwarten.

Die EU bestimmt für alkoholische Getränke einen übergeordneten Verbrauchssteuerrahmen, der für Deutschland in einem entsprechenden Bundesgesetz ausgestaltet wird. Die Besteuerung wird nach

verschiedenen Kategorien aufgeteilt, die sich insbesondere nach der Getränkeart, dem Alkoholgehalt des Getränks und der insgesamt hergestellten Menge eines Herstellers bestimmen. Mit zunehmendem Alkoholgehalt werden stärker ansteigende Abgaben fällig (EU-Kommission 2021b).

Die übergeordnete Regulierung des Tabakverkaufs basiert auf der EU-Richtlinie 2014/40/EU des Europäischen Parlaments. Diese verpflichtet die Mitgliedsstaaten der EU unter anderem dazu, Mindestverkaufsmengen pro Packung, sowie Regelungen der Verpackungsgestaltung in nationales Gesetz zu überführen. Die Preise für Tabakprodukte unterliegen in Deutschland ebenso einer zusätzlichen Verbrauchssteuer. Diese Tabaksteuer selbst setzt sich aus zwei Komponenten zusammen, einer festen und einer variablen Komponente abhängig vom Nettoverkaufspreis. Zudem wird ein Mindestbetrag, welcher als Kombination von beiden Teilen zu entrichten ist, festgelegt. Erhöhungen der Tabaksteuer sind im Verlauf der letzten 20 Jahre häufig zu beobachten gewesen. Die Tabaksteuer wurde explizit in den Jahren 2002 bis 2007 und in den Jahren 2011 bis 2016 jährlich erhöht und für die kommenden Jahre sind weitere Erhöhungen veranlasst. Heute beläuft sich die Tabaksteuer für Zigaretten auf einen festen Anteil von 9,82 Cent und einen variablen Anteil von 21,69 Prozent vom Nettoverkaufspreis. Bis zum Jahr 2026 wird sich die Tabaksteuer auf einen festen Anteil von 12,28 Cent und einen variablen Anteil von 19,84 Prozent pro Zigarette erhöhen. Die Tabaksteuer ist ebenso wie die Verbrauchssteuer auf Alkohol von der EU mandatiert und liegt in Deutschland weit über den von der EU festgesetzten Mindestsätzen (EU-Kommission 2021c). Im Jahr 2021 belastete die Tabaksteuer allein die Konsumentenseite um mehr als 14 Milliarden Euro (Destatis 2022i) und der Anteil der Mehrwertsteuer von 19 Prozent des Nettopreises muss auf den vom Konsumenten gezahlten Preis noch hinzugerechnet werden. Die Summe beider Steuern macht den somit den Großteil des vom Konsumenten gezahlten Preis aus. Die hohen Konsumentenpreise für Tabak sind also in erster Linie eine politische Entscheidung. Sowohl die Steuer auf den Konsum von Tabak als auch die Steuern auf alkoholische Getränke sind gesundheitspolitisch begründet. Es besteht in liberalen Gesellschaften jedoch eine generelle Souveränität des Konsumenten und es gestaltet sich nicht als die Aufgabe der Gesellschaft, den Konsumenten vor einem erkennbaren Risiko zu schützen, wenn die unmittelbaren Konsequenzen den Konsumenten selbst treffen. Insbesondere wenn man die in Deutschland bereits in Kraft getretenen Rauchverbote in öffentlichen Innenräumen betrachtet, welche den negativen Effekt des Passivrauchens auf Dritte minimieren, schlägt eine Begründung dieser lenkenden Steuern über eine potenzielle negative Externalität fehl. Gleichzeitig hat die Gesellschaft keinen expliziten Anspruch auf eine produktive Teilhabe des Individuums an der gesellschaftlichen Wertschöpfung, weshalb Statistiken, die den volkswirtschaftlichen Verlust des aggregierten Tabak- und Alkoholkonsums hervorheben, kein Argument für eine Ausweitung der gesundheitspolitischen Verantwortung des Staates darstellen. Begründungen eines staatlichen Auftrags auf Basis einer zusätzlichen Belastung staatlicher Versiche-

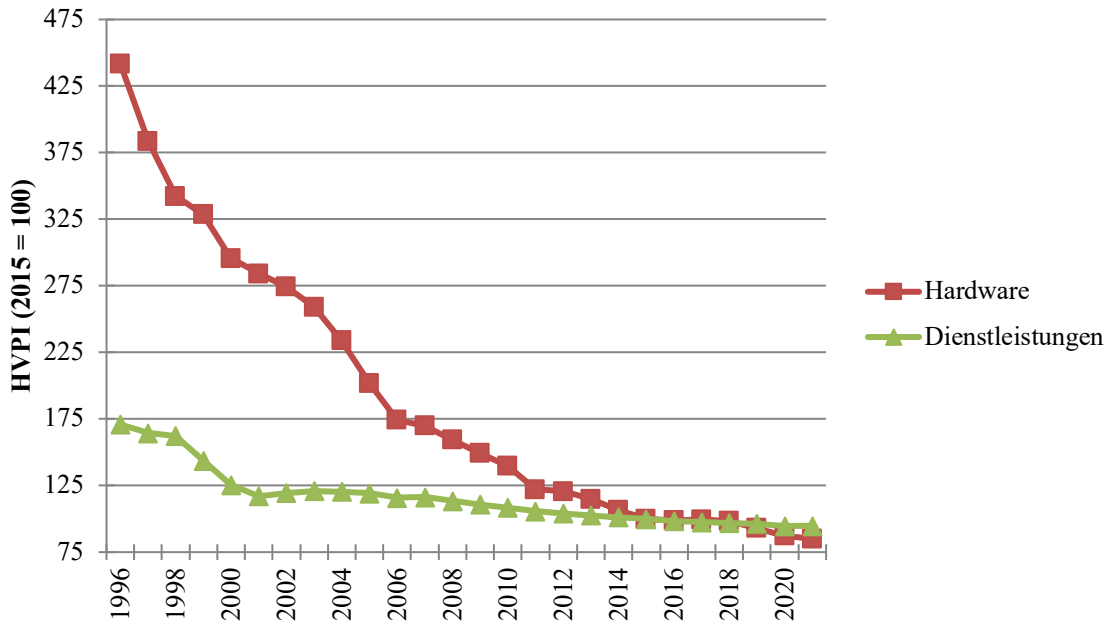
rungssysteme (beispielsweise der Sozial- und Krankenversicherungen) deuten hingegen vielmehr darauf hin, dass diese Institutionen grundlegende Gestaltungsfehler aufweisen, als dass sie ein Argument darstellen, das individuelle Verhalten den besagten Institutionen konform zu machen.

Fallen die gesundheitspolitischen Begründungen weg, so bleiben Steuern, die lediglich zur Finanzierung des Staates dienen. Daher sollten auch die Verteilungswirkungen dieser Verbrauchssteuern betrachtet werden. Schneider und Schneider (2012) finden in einer Studie, dass vor allem Frauen und Männern mit einer höheren sozioökonomischen Stellung assoziiert regelmäßige Alkohol konsumieren. Während insbesondere in den unteren sozioökonomischen Gruppen das Rauchen stark verbreitet ist. Hiervon lässt sich ableiten, dass insbesondere steigende Preise für Tabakprodukte für die unteren Einkommensgruppen eine besondere ökonomische Belastung darstellen. In einer Evaluation der Inzidenz von Tabaksteuern in den USA finden die Autoren Evans, Ringel und Stech (1999) zudem, dass Raucher eine völlig unelastische Nachfrage nach Tabakprodukten aufweisen. Hieraus schließt sich, dass die Inzidenz der Tabaksteuer, von beispielsweise 14 Milliarden Euro im Jahr 2021, gänzlich bei den Konsumenten anfällt. Eine direkte Übertragung der Ergebnisse aus der US-Amerikanischen Forschung auf Deutschland kann debattiert werden, aber die generelle Einsicht, dass Tabaksteuern im weitesten Sinne die untersten Gesellschaftsschichten in einem enormen Umfang treffen, scheint dennoch angebracht zu sein. Die Preisanstiege für Tabakwaren in den letzten zwei Jahrzehnten sind in erster Linie das Resultat politisch motivierter Besteuerung. Die Kombination aus Mehrwert- und Tabaksteuer ist in ihrer momentanen Höhe für den Großteil des Konsumentenpreises verantwortlich und trifft primär die sozio-ökonomisch schlechter gestellten Gruppen der Gesellschaft. Die gesundheitspolitische Motivation ist zweifelhaft und wird zudem durch die letzte Novellierung des Tabaksteuergesetzes, welches alternative und weniger schädliche Tabakprodukte mit herkömmlichen Tabakprodukten gleichsetzt, kontrahiert. Die Tabaksteuer ist daher in erster Linie eine staatliche Finanzierungsmaßnahme (Fichte 2014), bei welcher die ärmeren Haushalte am stärksten belastet werden. Die Tabaksteuern in Deutschland weisen damit zudem eine stark regressive Wirkung auf die Einkommensverteilung auf.

Kommunikation

Der Kommunikationsbereich ist der einzige Sektor, welcher über den gesamten Zeitraum seit 1996 beträchtliche Preissenkungen erfahren hat. Von 1996 bis 2021 senkten sich die Kosten von einem Eingangswert von 162 auf einen Wert von zuletzt 95. Insbesondere die Kosten für Telefongeräte und die damit in Verbindung stehenden Dienstleistungen sanken beträchtlich. Die Betrachtung des Kommunikationssektors macht deutlich, welchen Effekt eine gut umgesetzte Deregulierung eines Wirtschaftssektors haben kann.

Abbildung 8: Preisindizes für Kommunikation (Daten: Destatis 2022c, Abbildung: Eigene)



Insbesondere das Fallen der Preise für die mit der Kommunikation verbundenen Dienstleistungen seit der Mitte der 1990er muss vor dem Hintergrund der Liberalisierung des Mobilfunk- und Telekommunikationssektors betrachtet werden. Bis in die frühen 1990er Jahre gab es im gesamten Telekommunikationsmarkt in Deutschland mit der deutschen Telekom nur ein einziges staatliches Unternehmen, welches gleichzeitig die Kommunikationsnetze und -dienstleistungen bereitstellte. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Aufbau, der Betrieb und die Nutzung der Netze als eine einheitliche Aufgabe aufgefasst, welche von einem staatlich regulierten natürlichen Monopol unternommen wurde. In der Folge der primär durch die EU vorangetriebenen Liberalisierung wurde diese Ansicht aufgegeben und die Trennung der Netzbereitstellung und Netznutzung vollzogen. Die Telekom sowie die Postbehörde wurden privatisiert und ein allgemeiner Marktzugang für neue Unternehmen ermöglicht. Der regulatorische Rahmen wurde zudem an die neuen Umstände einer wettbewerblich organisierten Branche angepasst (Dewenter und Haucap 2004). Durch den aufkommenden Wettbewerb sanken die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen zunächst beträchtlich und im weiteren Verlauf der 2000er Jahre bis heute stetig.

Die Gründe für die noch beträchtlicheren Preissenkungen für Hardware im Kommunikationsbereich sind zum einen der Preiswettbewerb zwischen mehreren Anbietern und zum anderen die beständigen technologischen Fortschritte in diesem Wirtschaftsbereich. Den Beginn des „Smartphone Zeitalters“ kann man auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung des ersten iPhones im Jahr 2007 festlegen. Die darauffolgende Entwicklung des Smartphone Markts ist ein Beispiel dafür, wie sich Märkte durch bahnbrechende Innovationen verändern. Ein sich verschärfender Wettbewerb unter steigenden Zahlen von Produzenten sowie stetiger Innovation führte in einer kurzen Zeitspanne dazu, dass heute alle

potenziell interessierten Konsumenten Zugang zu besseren und gleichzeitig günstigeren Produkten haben.

Im Bereich der Telekommunikation sehen wir beispielhaft den positiven Effekt von zunehmendem Wettbewerb in einer Branche. In Folge der Liberalisierung sinken die Konsumentenpreise für Dienstleistungen und Hardware bei gleichzeitig starken Innovationsanreizen. Im Vergleich mit den anderen betrachteten Sektoren der Wirtschaft zeigt sich, dass ein deregulierter Sektor den Konsumenten am besten und kostengünstigsten dienen kann. Dieser günstige Zugang zum Digitalmarkt bildet gleichzeitig das Rückgrat der digitalen Wirtschaft.

Generelles Fazit

In der tiefgehenden Analyse einzelner HVPI Komponenten der deutschen Volkswirtschaft lässt sich der übergeordnete Befund generell steigender Preislevel bestätigen. Fast alle betrachteten Teilkomponenten des HVPI steigen, wenn auch ungleichmäßig. Vier der fünf hier eingehender betrachteten Wirtschaftsbereiche betreffen die unteren Einkommensschichten besonders, da Ausgaben für Nahrung und Getränke, Alkohol und Tabak sowie Wohnen und die Energieversorgung in diesen Haushalten einen beträchtlichen Teil des Einkommens ausmachen. Hieraus erschließt sich, dass Anstiege der Preise in diesen Ausgabenkategorien diese Einkommensgruppen besonders hart treffen.

Die Analyse der einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigt zudem, dass in allen Bereichen Regulierungen und Besteuerungen mit Bezug auf eine Vielzahl gesellschaftlicher Ziele vorzufinden sind, die marktwirtschaftliche Lösungen erschweren oder gar unmöglich machen. Diese Probleme werden über die Wertschöpfungskette weitergegeben und treffen den Konsumenten in Form steigender Preise.

Insbesondere bei der Wohnraumschaffung sowie in der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion wurde hier angenommen, dass das verfügbare Land einen notwendigen Produktionsfaktor darstellt, welcher gleichzeitig sehr starker politischer Einflussnahme unterliegt. In beiden Bereichen bevorzugt die Politik heute eine Einschränkung der verfügbaren Flächen zugunsten anderweitiger gesellschaftlicher Ziele.

Anreize, in den Wohnungsbau zu investieren, liegen insbesondere in den großen Städten Deutschlands aufgrund der beständig hohen Nachfrage vor. Eine angebotsseitige Reaktion scheidet schlichtweg an den Modalitäten der Umsetzung. Interventionen wie Subventionen oder direkte Preiskontrollen sind, vor dem Hintergrund des enorm rigiden regulatorischen Rahmens, nicht in der Lage das Problem hoher Preise durch eine Ausweitung des Angebots zu lösen. Aufgrund weiterer Interventionen bestehen Anreize, den Anteil von teuren Neubauten am bestehenden Gebäudebestand zu vergrößern. Die Kosten hieraus können aufgrund des generellen Mangels an Wohnraum relativ einfach an die Mieter weitergegeben werden.

Im Bereich der Agrikultur besteht ein regulatorisches Umfeld, das in erster Linie die Konservierung der bestehenden Struktur anstrebt. Dieser Sektor der Wirtschaft ist größtenteils von außereuropäischem Wettbewerb geschützt, während gleichzeitig beträchtliche Subventionen zur Verfügung gestellt werden. Man sollte deshalb nicht erwarten, dass ein solches regulatorisches Umfeld zu beträchtlichen Innovationen oder einer Ausweitung der Konsumentenwohlfahrt führt. Bestehende Möglichkeiten, das Land intensiver, unter gleichzeitiger Verfolgung umweltpolitischer Ziele, zu nutzen, werden durch den regulatorischen Rahmen ebenfalls unterbunden.

Auch die Energiemärkte in Deutschland unterliegen sehr starkem politischen Einfluss, insbesondere vor dem Hinblick der Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Grundsätzlich sollten Wege gefunden werden, die dieses Ziel am effizientesten und mit den geringsten ökonomischen Kosten erreichen.

Die in Deutschland zu beobachtenden Interventionen in die Energiemärkte folgen jedoch primär politischen Visionen und keinen ökonomischen Überlegungen. Man stellt fest, dass sich die Politik vom Vertrauen in die Innovationskraft der Marktwirtschaft weitgehend entfernt hat.

Die Folgen einer Priorisierung anderweitiger politischer Ziele spüren alle Gesellschaftsgruppen, da die Preise in den meisten Wirtschaftsbereichen steigen. Die größte individuelle Belastung tragen jedoch die Haushalte, die sich im unteren Bereich der Einkommensverteilung befinden.

Politikempfehlungen

Es sollen nun einige Maßnahmen aufgelistet werden, die die Konsumentenpreise langfristig senken könnten oder zumindest dazu führen können, dass in der mittleren Frist ein wirtschaftliches Umfeld entsteht, das auf steigende Konsumentenpreise in einer adäquaten Form reagieren kann.

- 1 Um Mieten- und Häuserpreise zu senken, muss in den Gebieten mit hoher Nachfrage eine angebotsseitige Reaktion ermöglicht werden. Dies ist nur mit einer Verringerung der regulatorischen Hürden, insbesondere in Bezug auf die Umwidmung von Flächen in Bauland, möglich.
- 2 Die Mietpreisbremse kann in dem bestehenden regulatorischen Umfeld die vorgelagerten Probleme eines zu geringen Wohnraumangebots nicht lösen. Sie umgeht den preislichen Wettbewerb und führt gleichzeitig zu einer Minderung der Qualität des Gebäudebestands, wodurch weitere langfristige Probleme entstehen. Deshalb sollte sie aufgehoben werden.
- 3 Die kleinteiligen Maßnahmen im Energiesektor sollten unterlassen werden. Weder politisch orchestrierte Ausstiege aus ganzen Industriezweigen noch ausgiebige Subventionen können das Rückgrat einer kosteneffizienten und langfristigen Energiepolitik darstellen.
- 4 Eine Verringerung der CO₂-Emissionen könnte zuverlässig und effizient in einem vollumfänglichen System des Emissionshandels erreicht werden. Dieser sollte daher auf alle Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt werden.
- 5 Sollte ein Ausbau der landwirtschaftlichen Produktion nach konventioneller Art nicht erwünscht sein, so sollte der Umstieg auf neue Produktionsmethoden ermöglicht werden, mit denen eine Brücke zwischen geringeren Konsumentenpreisen und anderweitigen politischen Zielen geschlagen werden kann. Daher sollte das generelle Verbot genetisch modifizierter Pflanzen aufgehoben werden.
- 6 Gleichzeitig sollten die breiten strukturerhaltenden Maßnahmen in der Landwirtschaft aufgegeben werden. Das Umfeld, in welchem die Landwirtschaft heute existiert, ist geschützt vor außereuropäischem Wettbewerb, durch Subventionen künstlich erhalten und gleichzeitig hoch reguliert. Sollten Innovationen in irgendeiner Form erwünscht sein, sollte ein grundlegend

anderes regulatorisches Umfeld geschaffen werden.

- 7 Über einen allgemeinen Abbau der Handelsbarrieren mit dem außereuropäischen Ausland könnten generelle Senkungen der Preislevel und eine Erhöhung des Wettbewerbs erreicht werden.
- 8 Aus einer Betrachtung der diversen Statistiken, welche hier aufgeführt wurden, lässt sich zudem erkennen, dass es in vielen Fällen die arbeitsintensiven Dienstleistungen sind, welche am stärksten in den Preisen steigen. Die Verringerung der Erwerbsbevölkerung in handwerklichen Berufen wird in den kommenden Jahren noch stärker spürbar werden. Daher sollten schnellstmöglich Anstrengungen unternommen werden, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Beispielsweise durch eine Veränderung des Migrationsgesetz, um mehr Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
- 9 Sollten Maßnahmen zur Unterstützung der armen Haushalte unumgänglich sein, sollten Transfers direkt und konditionslos gestaltet werden. Staatlich finanzierte Rabatte für einzelne Güter und Dienstleistungen helfen primär den Anbietern dieser Dienstleistungen und den Haushalten, die diese Güter ohnehin am stärksten nachfragen. Eine konditionslose Unterstützung der Haushalte erlaubt hingegen eine Verwendung der Mittel nach den wirklichen Anforderungen und Präferenzen.

Literaturverzeichnis

Alchian, A. A. (1968). Inflation and Distribution of Income and Wealth. In D. K. Benjamin (2006) (Hrsg.), *The Collected Works of Armen A. Alchian Volume 1: Choice and Cost under Uncertainty*. (S. 381-396). Indianapolis: Liberty Fund.

Alchian, A. A. (1976). Problems of Rising Prices. In D. K. Benjamin (2006) (Hrsg.), *The Collected Works of Armen A. Alchian Volume 1: Choice and Cost under Uncertainty*. (S. 253-273). Indianapolis: Liberty Fund.

Burger, B. & Mayer, J. N. (2014). Kurzstudie zur Historischen Entwicklung der EEG-Umlage. *Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme*. Link: <https://www.ise.fraunhofer.de/de/veroeffentlichungen/studien/kurzstudie-historische-entwicklung-eeg-umlage.html> (Zuletzt abgerufen: 07.06.2022).

Berliner Senat (2021). *Zügige Entwicklung neuer Stadtquartiere*. Drucksache 18/3954, Berlin: Deutschland.

Berliner Senatsverwaltung (2020). *Stadt vorausdenken - Flächennutzungsplan für Berlin, Bericht 2020*. Berlin. Link: <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/fnp/pix/bericht/fnpbericht20.pdf> (Zuletzt abgerufen: 07.06.2022).

Bundesregierung (2019). Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050. Berlin: Deutschland. Link: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1679914/e01d6bd855f09bf05cf7498e06d0a3ff/2019-10-09-klima-massnahmen-data.pdf?download=1> (Zuletzt abgerufen: 07.06.2022).

Cargill, T. F. (1969). An Empirical Investigation of the Wage-Lag Hypothesis. *The American Economic Review*, 59(5), S. 806-816.

Destatis (2020). *Einkommen, Einnahmen und Ausgaben Privater Haushalte*. Fachserie 15, Reihe 1, Bundesstatistikamt, Wiesbaden.

Destatis (2021a). *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: Landwirtschaftliche Bodennutzung Anbau auf dem Ackerland*, Fachserie 3, Reihe 3.1.2, Bundesstatistikamt, Wiesbaden.

Destatis (2022a). Pressemitteilung Nr. 196 vom 11. Mai 2022, Wiesbaden. Link: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/05/PD22_196_611.html (Zuletzt abgerufen: 07.06.2022).

Destatis (2022b). *61121-0001: Harmonisierter Verbraucherpreisindex: Deutschland, Jahre, Veränderung zum Vorjahr*. Bundesstatistikamt, Wiesbaden.

Destatis (2022c). *61121-0003: Harmonisierter Verbraucherpreisindex: Deutschland, Jahre, Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums*. Bundesstatistikamt, Wiesbaden.

Destatis (2022d). *61262-0001: Häuserpreisindex, Preisindex für Bauland: Deutschland, Jahre*. Bundesstatistikamt, Wiesbaden.

Destatis (2022e). *61511-0111: Kauffälle, Veräußerte Fläche, Kaufsumme, Durchschnittlicher Kaufwert für Bauland: Deutschland, Jahre, Baulandarten, Baugebiete*. Bundesstatistikamt, Wiesbaden.

Destatis (2022f). *33111-0002: Bodenfläche (tatsächliche Nutzung): Deutschland, Stichtag, Nutzungsarten*. Bundesstatistikamt, Wiesbaden.

Destatis (2022g). *61261-0013: Baukostenindizes für Wohngebäude: Deutschland, Jahre, Art der Baukosten*. Bundesstatistikamt, Wiesbaden.

Destatis (2022h). *43311-0001: Elektrizitätserzeugung, Nettowärmeerzeugung, Brennstoffeinsatz: Deutschland, Jahre, Energieträger*. Bundesstatistikamt, Wiesbaden.

Destatis (2022i). *Finanzen und Steuern: Absatz von Tabakwaren 2021*. Fachserie 14, Reihe 9.1.1, Bundesstatistikamt, Wiesbaden.

Dewenter R. & Haucap J. (2004). Die Liberalisierung der Telekommunikationsbranche in Deutschland. *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 53(3), S. 374-396.

European Union (2020). Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2020. Amtsblatt der Europäischen Union, Brüssel: Belgien.

EU-Kommission (2021a). *Excise Duty Tables Part 2 - Energy Products and Electricity*. Link: https://ec.europa.eu/taxation_customs/system/files/2021-09/excise_duties-part_ii_energy_products_en.pdf (Zuletzt abgerufen: 07.06.2022).

EU-Kommission (2021b). *Excise Duty Tables Part 1 - Alcoholic Beverages*. Link: https://ec.europa.eu/taxation_customs/system/files/2021-09/excise_duties-part_i_alcohol_en.pdf (Zuletzt abgerufen: 07.06.2022).

EU-Kommission (2021c). *Excise Duty Tables Part 3 - Manufactured Tobacco*. Link: https://ec.europa.eu/taxation_customs/system/files/2021-09/excise_duties-part_iii_tobacco_en.pdf. (Zuletzt abgerufen: 07.06.2022),

Eurostat (2022a). -PRC_HVPI_AIND: HVPI-Jährliche Daten (Durchschnittsindex und Veränderungsraten). Link: https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-datasets/-/PRC_HICP_AIND (Zuletzt abgerufen: 07.06.2022).

Eurostat (2022b). Eurostat Statistics Explained: HVPI Methodology. Link: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=HVPI_methodology#The_main_HVPIs (Zuletzt abgerufen: 07.06.2022).

Evans, W. N., Ringel, J. S. & Stech D. (1999). Tobacco Taxes and Public Policy to Discourage Smoking, *Tax Policy and the Economy*, 13, S. 1-31.

Fry, V. C. & Parschades P. (1985). Distributional Aspects of Inflation: Who Has Suffered Most? *Fiscal Studies*, 6(4), S. 21-29.

Fichte, D. (2014). Problematische Legitimation von Tabak und Alkoholsteuern. *Wirtschaftsdienst*, 94(1), S. 62-68.

Fraunhofer-Institut ISE (2022). *Nettostromerzeugung in Deutschland 2021: Erneuerbare Energien witterungsbedingt schwächer*. News vom 03. Januar 2022, Freiburg. Link: <https://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/news/2022/nettostromerzeugung-in-deutschland-2021-erneuerbare-energien-witterungsbedingt-schwaecher.html> (Zuletzt abgerufen: 07.06.2021).

Hinz, T. & Auspurg, K. (2016). Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. In: Scherr, A., El-Mafaalani, A. & Gökçen Yüksel, E. (Hrsg.), *Handbuch Diskriminierung* (S. 387-406). Wiesbaden: Springer.

Mense, A., Michelsen C. & Kholodilin K. (2018). Empirics on the causal effects of rent control in Germany. *FAU Discussion Paper in Economics*, (24). S. 1-44.

Musgrave, R. A., Musgrave, P. B. & Kullmer L. (1993). *Die Öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis* (2. Band, 5. Auflage). Tübingen: Mohr Siebeck.

Netztransparenz.de (2022). EEG-Umlage Link: <https://www.netztransparenz.de/EEG/EEG-Umlagen-Uebersicht> (Zuletzt abgerufen: 07.06,2022)

Romer, D. (2012), *Advanced Macroeconomics* (4. Auflage). New York: MacGraw-Hill.

Schneider B. S. & Schneider U. (2012). Health Behaviour and Health Assessment: Evidence from German Microdata. *Economics Research International*, S. 1-13.

Tietenberg, T. H. (2013). Reflections – Carbon Pricing in Practice. *Review of Environmental Economics and Policy*, 7(2), S. 313-329.